

# 50 Jahre Zeitung der DKP Gießen Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 9/51. Jahrgang

September 2020

Schutzgebühr: 0,40 €

## BRD: Verlogene Friedensrhetorik und Kriegspolitik

Bundesaußenminister Maas weilt als selbsternannter Friedensengel in Tripolis. Seine geheuchelte Empörung darüber, dass immer noch Waffen nach Libyen gelangen, rührt zu Tränen. Und das von einem Vertreter des viertgrößten Rüstungsexporteurs der Welt.

Wie immer tritt die BRD als Friedensmacht auf, die angeblich von der Verantwortung für die internationale Gemeinschaft und Friedensliebe getrieben ist.

In ihrer Grundsatzrede 2019 sagte die "Verteidigungs"ministerin Kramp-Karrenbauer aber, um was es wirklich geht: „Ein Land unserer Größe und unserer wirtschaftlichen und technologischen Kraft, ein Land unserer geostrategischen Lage (...) kann nicht einfach nur am Rande stehen (...) Denn natürlich hat Deutschland (...) eigene strategische Interessen. (...) Aber wir müssen endlich anfangen, das zuzugeben.“

Was für ein langer Weg von den verteidigungspolitischen Richtlinien 1992, wo schon die Rolle der Bundeswehr neu definiert wurde: keine Landesverteidigung mehr, sondern die Sicherung des weltweiten Zugangs zu Rohstoffen und Märkten. Und jetzt: Ein offenes Bekenntnis zur imperialistischen Politik.



Die Pläne sind hoch gesteckt. Im Dezember 2019 sprach Frankreichs Präsident Macron noch vom Hirntod der NATO und verband damit eine harsche Kritik an den USA. Teile der herrschenden Klasse Deutschlands sehen es wohl auch so, aber sie plädieren für ein taktisches Vorgehen. Der Vorsitzende der Atlantik-Brücke, Sigmar Gabriel, meint hierzu, dass die NATO eingebunden werden müsse, denn sonst treibe man die osteuropäischen Länder weiter in die Arme der USA. Deshalb müsse man „die europäische Verteidigungsfähigkeit ausbauen, aber sie nicht im Gegensatz zur NATO aufbauen.“

Um Europa unter deutscher Führung zu organisieren, plädiert Gabriel also dafür, die Aufrüstung der Bundeswehr noch stärker im

Rahmen der NATO-Aufrüstung gegen Russland voranzutreiben und verordnet eine weitere Beruhigungsspielle für die Osteuropäer: Von den 2% Rüstungsausgaben könnten 1,5% in die Bundeswehr und 0,5% in die NATO-Fonds zur Verteidigungsfähigkeit Osteuropas fließen. Dazu passen die Pläne von Kramp-Karrenbauer.

Bis 2031 soll die Bundeswehr in der Lage sein, 10% der militärischen Fähigkeiten der NATO zu übernehmen. Bis spätestens dahin solle der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt 2% betragen. Der Kampf um die Vorherrschaft wird nicht **gegen** die NATO, sondern **mit** der NATO geführt.

Henning Mächerle

### Inhalt

Hiroshima / Systemrelevant und unterbezahlt	S. 2
Hindenburgstraße / Hygienesdemos	S. 3
China / Vier-Tage-Woche	S. 4
1. Sep. / Rettungsschirm	S. 5
Gießener Nazi-Vergangenheit / Fallpauschalen / Hänel	S. 6
Gesundheitsdemo / Digitalisierung	S. 7
Belarus / Termine	S. 8

**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

# Hiroshima ist Verpflichtung!



Am 06.08.20 knallte es auf dem Katharinenplatz in Gießen. Ein zu stark aufgepumpter Luftballon mit Friedenstaube zerbarst. 75 Jahre zuvor hatte eine US-amerikanische Atombombe Hiroshima in Schutt und Asche gelegt. An dieses Verbrechen erinnerte das Gießener Friedensnetzwerk mit Redebeiträgen von IPPNW, SDAJ, SDS, DIE LINKE, DGB und DKP und unter musikalischer Unterstützung des Frankfurter Musikers Ernesto Schwarz.

Eine Fotoausstellung zeigte Bilder aus dem zerstörten Hiroshima, wechselnde Rednerinnen und Red-

ner trugen bewegende Originaltexte von Zeitzeugen vor. Eine Schweigeminute für die Opfer fehlte nicht. Einmal mehr benannten die Veranstalter den Katharinenplatz symbolisch in „Hiroshimaplatz“ um.

Die trotz der Hitze gut besuchte Veranstaltung war jedoch nicht ausschließlich der Vergangenheit verhaftet, sondern wandte sich auch gegen die bis heute bestehende

Gefahr nuklearer und nichtnuklearer Kriege. Das Friedensnetzwerk forderte den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland, Geld für das Gesundheitswesen statt für Kampffjets und vor allem den Beitritt zum UN-Atomwaffensperrvertrag, also die Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen.

Martin Hühn

Der Link zum Film:

<https://youtu.be/dalliN1A4Ck>



## Systemrelevant und unterbezahlt

Mit Auftreten der Corona-Pandemie rückten Pflegepersonal, Reinigungskräfte, Verkäuferinnen und Verkäufer, Erzieherinnen und Erzieher in den Fokus der Öffentlichkeit: Ihnen wurde eine bis dahin nicht gekannte gesellschaftliche Wertschätzung zuteil und ihre Arbeit wurde als systemrelevant geadelt.

Trotz dieser neugewonnenen gesellschaftlichen Anerkennung hat sich an den häufig schlechten Arbeitsbedingungen in diesen frauendominierten Berufsgruppen wenig bis nichts geändert.

Diese Erkenntnis untermauerte der DGB im Rahmen des aktuellen „Index Gute Arbeit“ wissenschaftlich. Zu den Ergebnissen dieser Untersuchung gehört, dass ein we-

sentlicher Teil der Arbeit in den oben genannten Berufen im Niedriglohnsektor erbracht wird. Die Mehrheit der hier Beschäftigten bewertet konsequenterweise ihr Einkommen in der Studie als „nicht ausreichend“ oder „gerade ausreichend“.

Atypische und prekäre Beschäftigung ist in allen vier untersuchten Berufsgruppen verbreitet und unbefristete Vollzeitbeschäftigung gibt es deutlich seltener als in anderen Bereichen. Die betrachteten Berufe sind oft durch unsoziale Arbeitszeiten wie an Wochenenden, abends oder in der Nacht gekennzeichnet. In allen vier Berufsgruppen wird überdurchschnittlich viel körperlich schwere Arbeit geleistet. Hinzukommen psychische Belastungen wie Arbeiten unter Zeitdruck.

Die Ergebnisse des DGB-Index zeigen eindringlich: Für die Kolleginnen und Kollegen muss sich endlich strukturell etwas ändern. Denn die Konzerne werden nicht nur in der Krise mit Milliardengeschenken bedacht, für die Beschäftigten bleiben aber nur der Applaus auf dem Balkon und die nicht eingelösten Versprechen von flächendeckenden Bonuszahlungen für krisenbedingte Belastungen und Risiken.

Um dies zu ändern, helfen keine Appelle an Unternehmerverbände.

Besser ist es, auf die eigene Kraft zu vertrauen und in den nun anstehenden Tarifrunden für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Ulf Immelt



## Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantwortl.: GemotLinhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto (Sparkasse), IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46, BIC: SKGIDE5F.

Druck: Gründrucken Gießen  
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen,

E-Mail: [g.linhart@gmx.de](mailto:g.linhart@gmx.de)

Im Internet: [www.giessen.dkp.de](http://www.giessen.dkp.de)



# Hindenburgstraße in Staufenberg



Die DKP Kreisorganisation Gießen fordert die Stadt Staufenberg dazu auf, den Straßennamen „Hindenburgstraße“ umgehend abzuschaffen und die entsprechende Straße neu zu benennen. Paul von Hindenburg hat als Reichspräsident Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt, und damit die Machtübergabe an die Nazis maßgeblich vorangetrieben. Aus diesem Grund wurden in den vergangenen Jahrzehnten bundes-

weit immer wieder Straßen, die seinen Namen trugen, umbenannt. In Staufenberg waren solche Bemühungen bisher leider erfolglos.

In den vergangenen Wochen hat in Trier eine Debatte zur Umbenennung der dortigen "Hindenburgstraße" geführt. Daran sollte sich die Stadt Staufenberg ein Beispiel nehmen und ebenfalls den längst überfälligen Beschluss der Abschaffung des Straßennamens fassen.

Leider gibt es in der weiteren Umgebung von Staufenberg, bzw. dem Kreis Gießen noch andere Orte mit dem selben Straßennamen, nämlich Mücke-Ruppertenrod, im Vogelsbergkreis, hier die Ortsdurchgangsstraße B 49; in Neustadt/Kreis Marburg-Biedenkopf Teile der Durchgangsstraße, B 454; in Grebenhain-Ilbeshausen, Vogelsbergkreis, die Durchfahrtsstraße. In Dillenburg/

Lahn-Dill-Kreis befindet sich die Polizeidirektion Lahn-Dill ebenfalls in einer Hindenburgstraße.

Die DKP Gießen fordert die betroffenen Kommunen und Städte dazu auf, umgehend die Namensänderungen zu beschließen. H.R.

## Faschismus Staatsform bürgerlicher Herrschaft

Georgi Dimitroff, bulgarischer Kommunist, bekräftigte und wiederholte schon 1935 in seiner Rede: "Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, (...) die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals."

# Zum Charakter der „Hygienedemos“

Nach Wochen der Einschränkungen werden immer mehr Regeln gelockert, der „Lockdown“ ist lange her. Neben den alltäglichen News zu Todes- und Infektionsraten konnte man regelmäßig sogenannte „Hygienedemos“ beobachten. Diese boten ein Auffangbecken für auf unterschiedlichste Weise persönlich Betroffener: Der Senior, der seine Frau nicht im Pflegeheim besuchen konnte, die Gastronomin, deren Restaurant vor der Pleite stand oder eine Spinnerin, die überzeugt war, Corona sei eine Erfindung. Ob Attila Hildmann oder Ken Jepsen, schnell hatten Rechte und Corona-Leugner die Demos übernommen.

Die sozialen Folgen der Maßnahmen, die vor allem die Arbeiterklasse treffen, spielten für sie keine Rolle. Forderungen nach einem bedarfsorientierten Gesundheitssystem, besser ausgestatteten Schulen oder die angeblich zur Krisenbewältigung vorübergehend abgeschafften Arbeitsrechte wurden nicht erwähnt.

Der Widerspruch zwischen den



harten Einschränkungen im privaten Raum einerseits und der Aufrechterhaltung des Zwanges, seine Arbeitskraft zu verkaufen, andererseits, wurde weder erkannt noch diskutiert.

Stattdessen wurde das Virus als harmlos oder gar als eine Erfindung abgetan. Es werden vor allem die Interessen ruiniertes Kleinbürgertums sowie Teile des Großkapitals, etwa der Fleischindustrie, der Systemgastronomie und der Autoindustrie vertreten. Diese konnten sich auf Staatshilfen verlassen und waren gleichzeitig auf den Einsatz zahlreicher Arbeitskräfte auf engem Raum angewiesen. Eine Unter-

scheidung zwischen sinnvollen und nicht sinnvollen Maßnahmen fand nicht statt.

Es wurde pauschal das Ende aller Beschränkungen gefordert. Dem Staat schien das Recht zu sein. Während die Polizei linke Demos, wie den Ostermarsch in Lüneburg oder den 1. Mai in Berlin attackierte, durften die „Hygienedemos“ relativ ungestört agieren. Ihre Forderungen waren schließlich im Sinne der Banken und Konzerne:

Lockerung und Rückkehr zur Normalität. Wozu das führt, haben wir in Gütersloh bei Tönnies beobachtet: Die Fließbänder müssen laufen, denn den Unternehmern geht es um Profit, die Gesundheit der Arbeiter spielt dabei keine Rolle.

Momentan ist die Hygienebewegung geschrumpft, es ist aber zu befürchten, dass bei neuen Einschränkungen die Demos wieder wachsen werden. Es liegt an uns, dann statt die Parolen der Corona-Leugner, die Forderungen der Schüler, Azubis und Arbeiter in den Vordergrund zu stellen.

Martina Lennartz

# Corona: Hetze gegen die Volksrepublik China

Die ganze Welt weiß, dass US-Präsident Trump ein notorischer Lügner ist. Das hindert aber Politiker, Journalisten und sogar einige Kabarettisten nicht daran, seine Lügen nachzuplappern, wenn sie in ihr antikommunistisches Weltbild passen.



Eine seiner dreisten Lügen ist, dass die Regierung der VR China und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) an der Corona-Pandemie schuld seien, sie hätten das Virus zunächst verharmlost und

zu spät gewarnt. Um diese Lüge zu entlarven, braucht man nur alte Pressemeldungen nachzulesen.

Schon die ersten Infektionen mit ungewöhnlichen Krankheitsverläufen wurden gemeldet. Dann konnte mitverfolgt werden, wie die Quelle der Infektionen entdeckt wurde und sich erwies, dass das Virus leicht von Mensch zu Mensch übertragbar ist.

Unmittelbar danach gab die WHO eine weltweite Pandemie-Warnung heraus. Eine frühere Gefahrenhinweis wäre verantwortungslos gewesen, denn Fehlalarme entwerfen spätere Warnungen. Die Nachricht wurde allerdings in fast allen west-

lichen Ländern missachtet. Es gab kaum Bemühungen um eine koordinierte Überwachung der Einreisenden aus China und keine Vorbereitungen im Gesundheitssystem.

Erst als die Krankheit sich massenhaft ausbreitete und eine Überlastung der Kliniken drohte, reagierten die Regierungen. Fast alle ergriffen einen Teil der Maßnahmen, die China vorgemacht hatte: Schließung von Betrieben, Schulen und Kindergärten, Kontakt- und Reiseverbote.

Mit der Hetze gegen China wird versucht, vom eigenen Versagen abzulenken.

Gernot Linhart

**Sie lügen wie gedruckt. Wir drucken, wie sie lügen.** **Teste die beste** linke, überregionale Tageszeitung. *junge Welt* **Drei Wochen gratis.** Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

# Die IG Metall fordert die Vier-Tage-Woche

„Die Vier-Tage-Woche wäre die Antwort, um Industriebjobs zu halten.“, so Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, Mitte August in der Süddeutschen Zeitung.

2018 wagte die Gewerkschaft in der Debatte um die Arbeitszeit einen ersten Vorstoß in Form von acht zusätzlichen Urlaubstagen, andere Branchen zogen nach.

Die letzten größeren kollektiven Errungenschaften im Kampf um die Arbeitszeit liegen Jahrzehnte zurück. 1995 wurde in den alten Bundesländern nach zehnjähriger Streikauseinandersetzung die 35-h-Woche in der Metall- und Elektroindustrie erkämpft.

Heute jedoch ist sie in den wenigsten Betrieben noch Realität, obwohl auch vor der sogenannten Coronakrise über sechs Millionen Menschen von Arbeitslosigkeit oder Hartz IV gelebt haben. Eine kürzere wöchentliche Arbeitszeit würde Überlastung auf der einen und Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite verhindern.

Aktuell wird die Arbeitskraft von vielen Unternehmen vorübergehend nicht gebraucht, deswegen kommt auch ihnen eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ohne vollen Lohnausgleich entgegen. Kurzarbeit ist nichts anderes. Der Teillohnausgleich wird aus

Steuergeldern finanziert, die Sozialbeiträge sparen sich die Unternehmen auch. Sie behalten somit gut ausgebildete Fachkräfte UND ihre Rücklagen. Die Kosten der Krise zahlt die Arbeiterklasse allein. Denn nichts anderes passiert, wenn die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich gekürzt wird oder der Ausgleich aus Steuergeldern finanziert wird.

Also: Ja, zur Vier-Tage-Woche, aber nur mit Lohnausgleich!

Stellt euch vor, was möglich wäre, würden wir gesamtgesellschaftlich planen, die anfallende Arbeit auf alle Schultern verteilen und die Produkte unserer Arbeit zur Bedürfnisbefriedigung aller nutzen. Eine Vier-Tage-Woche wäre kein Problem mehr, Arbeitslosigkeit und 60-h-Wochen gäbe es ebenso wenig



wie Obdachlosigkeit und Kinder, die in Armut aufwachsen müssen.

Also lasst uns die Arbeitszeitdebatte nutzen, um über die System-schranken hinauszudenken und kleine Verbesserungen trotz alledem schon heute durchzusetzen.

Tobias Salin

**UZ Probe-Abo [6 Wochen]**  
**Das 6-Wochen-Probe-Abo zum Kennenlernen!**

Die Print- und Online-Ausgabe gratis.

Das Abo endet natürlich automatisch!

<https://shop.unsere-zeit.de/UZ-ABO>

# 1. September: Kampftag für den Frieden

Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg in Europa mit dem Angriff des Schiffes Schleswig-Holstein, das in Danzig angelegt hatte, um der Stadt einen „Freundschaftsbesuch“ abzustatten. Im Vorfeld organisierte die SS Scheinanschläge auf deutsche Grenzposten.

Es folgten Terrorsätze, Besetzung und Ausbeutung. Was in Polen begann, entwickelte sich zum Weltenbrand: Genozid an Sinti, Roma und Juden sowie fast sechs Jahre Krieg. Während Alliierte



und Widerstandskämpfer abgeschlachtet und deutsche Soldaten von ihrer Führung verheizt wurden, strömten Zwangsarbeiter aus den eroberten Gebieten ins Mutterland. So machten sich Behringwerke und IG-Farben die Taschen voll.

Dieses Jahr feierten wir 75 Jahre Befreiung vom Faschismus, und auch 81 Jahre nach Kriegsbeginn ist ein Gedenken an diesen Tag notwendig, weil die Ursachen nicht beseitigt sind. Wie die Bevölkerung damals erst verleitet werden musste, den Krieg zu tragen, muss das auch heute vorbereitet werden. Dazu gehören Defender 2020 und der Einkauf atomwaffenfähiger Flugzeuge durch Kriegsministerin AKK. Die EU offenbart mit dem geplanten Aufbau einer eigenen Armee, dass sie kein Friedensprojekt ist. Geflüchtete werden ins Meer getrieben, Waffenexporte gießen Öl ins Feuer.

Wenn in einem Land „Demokratie gebracht werden“ soll, heißt das: Dieses Land hat etwas, das unsere Herrschenden haben wollen. Wir

müssen alles dagegen tun, dass sie es sich auf militärischem Wege holen; weil es sich für UNS nicht lohnt, unsere Schwestern und Brüder in anderen Ländern zu massakrieren; weil Gelder in Schulen, Krankenhäusern und bei öffentlichen Verkehrsmitteln besser angelegt wären; weil die, die von Krieg profitieren, mit uns nichts gemein haben.

Die SDAJ organisierte beispielsweise im vergangenen Jahr auf einer Ausbildungsmesse gemeinsam mit der DGB-Jugend einen Proteststand gegen die Präsenz der Bundeswehr.

Daniel, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

SDAJ Gießen findest du auch auf Facebook oder schreibe an [sdaj-marburg@gmx.de](mailto:sdaj-marburg@gmx.de)



## Rettung kommt nicht von „oben“, Frau Oberbürgermeisterin!

Während 2013 der Schuldenberg in Gießen mit den Arbeiten zur Landesgartenschau auf Rekordhöhen stieg, flüchteten die bürgerlichen Stadtverordneten mit dem Magistrat unter den „Rettungsschirm“ des Landes Hessen. Er war eine geschickt inszenierte Betrugspackung, die von der Landesregierung durch Kürzungen von 350 Mio. Euro vorbereitet wurde. Selbst der Staatsgerichtshof erklärte ihn für rechtswidrig, stoppte ihn aber nicht. So konnte die Landesregierung die in der Verfassung festgelegte „ausreichende Kommunalfinanzierung“ (Artikel 137) weiter außer Kraft setzen.

Angesichts der Entlassung aus dem „Rettungsschirm“ 2020 belobhudelte Oberbürgermeisterin (SPD) diesen Kultur- und Sozialabbau gegenüber der Presse – im Widerspruch zur Meinung ihrer

eigenen Partei in Hessen.

2013 wurden von Gießener SPD und Grünen die Bedingungen der hessischen Regierung akzeptiert, die alle Belastungen auf die Mehrheit der Bevölkerung abwälzten. Die Grundsteuer B wurde von 380 auf 600 v. H. angehoben. Die Folge: Mieterhöhungen, Reduzierung der Leistungen der Stadtverwaltung, Personalabbau um drei Stellen pro Jahr, trotz steigender Einwohnerzahl, Gebührenerhöhungen für KITAs sowie Bestattungen, Straßenreinigung und Volkshochschule. Reduzierung der finanziellen Förderung der Sportvereine, von Sportstätten, bzw. (Sport)Veranstaltungen. Reduzierung öffentlicher Toiletten. Zuschüsse für Meistkonzerte und Veranstaltungen wurden gestrichen. Diese Spar-Schweineereien auf Kosten der Gießener kann man sich im

Gießener Echo 12-2012 ([www.dkp-giessen.de/giessenerecho](http://www.dkp-giessen.de/giessenerecho)) anschauen.

Jedes Schulkind, jeder Sportlehrer, jeder aktive Sportler in Gießen weiß, dass Sporthallen, Sportplätze, Schulen und Volkshochschulen kaputt gespart wurden.

Weil die Stadt die Hauptlast der Grundversorgung, Sozialleistungen und vieles mehr stemmen muss, ist sie verpflichtet, sich gemeinsam mit anderen Kommunen gegen die Ausblutung zu wehren. Das kann sie nur, wenn sie die Menschen auf ihrer Seite hat.

Durch Beschönigungen wird es nicht gelingen. Die chronische Unterfinanzierung der Gemeinden und Städte muss ein Ende haben – notfalls mit einem Schuldenschnitt. Der „Rettungsschirm“ hat uns im Regen stehen lassen.

M. Berger

# Neues zur Gießener Nazi-Vergangenheit

Der Gießener Historiker Jörg-Peter Jatho erforscht seit Jahren alles, was über Gießener Nazis bekannt ist oder in Archiven schlummert.

Jetzt hat er eine ausführliche Rezension zu einem in Großbritannien erschienen Buch vorgelegt, das wieder mal den Schottlandflug des „Führer-Stellvertreters“ Rudolf Hess behandelt. Unsere Stadt kommt in dem Buch vor, weil Hess enge Beziehungen zu Gießener Nazis pflegte und 1941, kurz vor seinem Flug über den Kanal, auf dem hiesigen Flugplatz gelandet war. Zu den Freunden des Obernazis gehörten der ehemalige Uni-

versitätsrektor Gerhard Pfahler und Dr. Alfred Kaufmann, der früher Pfarrer und Lehrer von Hess gewesen war.

Kaufmann ist in Gießen als Initiator einer „Feindsender“-Hörergruppe bekannt und wurde deswegen lange als Nazigegner angesehen. Jatho warnt vor dem Buch, da es vor allem wohl dazu dienen soll, ein geschöntes Bild von Hess zu vermitteln.

John Harris and Richard Wilbourn: Rudolf Hess. Truth at Last. The untold story of the Deputy Führer's flight to Scotland 1941.

Gernot Linhart

## Kliniken: Weg mit den Fallpauschalen

So etwas wie die seit sieben Monaten grassierende Corona-Pandemie war im profitorientierten deutschen Krankenhaussystem nicht vorgesehen. Möglichst viele Patienten mit möglichst hohen Fallpauschalen in möglichst kurzer Zeit durchschleusen – nur so ließen sich die gewünschten Gewinne erzielen. Freie Betten, Reserven auf den Intensivstationen, Vorräte an Schutzmaterialien – so etwas hätte nur Geld gekostet.

Glücklicherweise erkannten einflussreiche Fachleute schnell, dass ein Beharren auf diesem System zu Schreckensszenarien geführt hätte. Plötzlich gab es Geld für freigehaltene Betten und Zuschüsse für zusätzliche Intensivbetten. So konnten die in vielen anderen Ländern eingetretenen Überlastungen der Kliniken vermieden werden. Allerdings fehlte es an Kontrollen, ob die gemeldeten Betten nicht aus anderen Gründen, z. B. wegen Personalmangel, leer waren und ob die zusätzlichen Plätze auf den Intensivstationen wirklich neu waren.

So wird es, wie bei jeder Krise, Gewinner und Verlierer geben. Einrichtungen wie das Uniklinikum Gießen/Marburg, die über mit allen Abrechnungstricks vertraute Finanzmanager verfügen, werden

auch in diesem Jahr wieder mit Profiten abschließen. Andere, die gute medizinische Leistungen erbringen, aber keine Finanzprofis haben, werden schlechter dastehen. Manche Kliniken, die aufgrund ihrer fachlichen Ausrichtung für die Behandlung von Corona-Patienten gar nicht in Frage kamen, mussten sogar Kurzarbeit einführen. Sie werden besonders hohe Verluste haben.

Die Erfahrungen dieses Seuchensjahres müssen dazu führen, das System der Abrechnung nach Diagnose-bezogenen Fallpauschalen endlich abzuschaffen und wieder eine Finanzierung einzuführen, die sich an den erbrachten medizinischen und pflegerischen Leistungen orientiert. Angebracht wäre es ebenso, die Profitentnahme aus Geldern der Krankenkassen, die für die Behandlung und Pflege der Patienten gedacht sind, zu verbieten. Kliniken wären dann für Spekulanten uninteressant und könnten wieder in die öffentliche oder gemeinnützige Verantwortung überführt werden. Dann würden aus Reparaturfabriken für Menschen wieder Krankenhäuser, in denen die Patienten im Mittelpunkt stehen und nicht die mit ihnen zu erzielende Wertschöpfung.

Gernot Linhart

## Abtreibungsgegner verliert gegen Hänel

Landgericht verbietet Vergleich mit Holocaust

Die Gießener Ärztin Kristina Hänel, die Schwangerschaftsabbrüche durchführt, wurde von dem radikalen Abtreibungsgegner und Betreiber der Internetseite „Babycaust“ K.G. Annen mit den Faschisten gleichgestellt, die in den KZs Millionen Menschen unter schrecklichsten Bedingungen gequält und getötet haben. Zudem veröffentlichte er eine Liste von 1.200 Ärztinnen und Ärzten, die Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland anbieten und bezeichnete diese als „Entartete“.



Kristina Hänel (li.), Jan. 2019

Hänel klagte, worauf das Gericht den Vergleich untersagte. Annen muss ihr nun eine Entschädigung von 6.000 Euro zahlen.

Die Ärztin ist bundesweit bekannt, weil sie seit mehreren Jahren gegen radikale Abtreibungsgegner kämpft. Sie hatte ebenso die Debatte über die Abschaffung des § 219a StGB ins Rollen gebracht. Dieser stellt im weitesten Sinne „Werbung für Schwangerschaftsabbrüche“ unter Strafe. Im März 2019 wurde der Paragraf jedoch lediglich geändert. Hänel kämpft weiter für dessen Abschaffung und hat dabei viele Unterstützer, auch die DKP.

Martina Lennartz



# Gesundheit statt Profite

Anlässlich der Übernahme der Rhön AG, und damit auch des Universitätsklinikums Gießen-Marburg durch den Asklepios-Konzern, hatte das Aktionsbündnis "Gemeinsam für unser Klinikum" am 15.08. am Kirchenplatz zu einer Kundgebung unter dem Motto "Gesundheit statt Profite - Solidarität mit den Beschäftigten am UKGM" aufgerufen.

Da das UKGM privatisiert ist, unterliegt es stärkeren wirtschaftlichen Zwängen als andere universitäre Krankenhäuser. Das Bündnis fordert nicht nur Sicherheit für die Mitarbeitenden, sondern ebenso eine Überführung der Kliniken zurück in öffentliche Hand.

DKP und SDAJ waren dabei und mit Plakaten, Transparenten, Redebeiträgen und dem Gießener Echo präsent, um unsere Position zu zeigen und den Kampf zu unterstützen. Privatisierungen bedeuten Stellenabbau, verlängerte Arbeitszeiten und Lohndumping. Wer Krankenhäuser wie Fabriken betreibt, der behandelt Personal als unliebsa-



men Kostenfaktor. Eine chronische Unterbesetzung ist die Folge. Das ist nicht nur lebensgefährlich, es kostet auch Leben. Gute Ausbildung und Arbeitsbedingungen sowie eine anständige Entlohnung sind unter diesen Bedingungen unmöglich oder müssen hart erkämpft werden. Wenn die Arbeit im Gesundheitswesen nicht mehr krank machen soll, ist es unbedingt notwendig, dass die öffentliche Hand wieder ihre Aufgaben übernimmt und profitorientierte Privatanbieter verdrängt. Beschäftigte, Patien-

tinnen und Patienten sowie Angehörige brauchen mehr Personal, höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten. Deshalb unterstützt die DKP die Beschäftigten in ihrem Kampf um adäquate Personalbemessung und die Volksbegehren in verschiedenen Bundesländern. In dieser Auseinandersetzung wurden erste Erfolge erzielt, die aber gegen die Interessen der Krankenhausbetreiber umgesetzt, verteidigt und ausgebaut werden müssen. Mehr von uns ist besser für alle!

Martina Lennartz

# Digitalisierung - Note ungenügend

Corona hat in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gebracht, wie sehr die Landesregierung und die Gemeinden unsere Schulen digital seit Jahrzehnten vernachlässigt haben. Es gibt zu wenige Computer, und unter diesen zu viele „lahme Enten“. Es fehlt auch an Fortbildungen. Besonders tritt der Mangel an geeigneten Geräten in der Hand der Schüler zu Tage. Da wesentliche Teile des Unterrichts auch künftig

über Datenleitungen abgewickelt werden müssen, sind besonders Kinder aus der Arbeiterklasse betroffen. Aus diesem Grund fordert die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen (GEW), dass jeder Schülerin, jedem Schüler und dem Schulpersonal umgehend Notebooks oder Tablets zur Verfügung gestellt werden müssen. Neben den technischen Voraussetzungen müssen kostenfreie Fortbildungen für

Lehrkräfte angeboten werden. „Die Medienzentren müssen zu umfassenden Beratungsstellen (...) um- und ausgebaut werden.“

In ihrer Hessischen Lehrerzeitung (7/8-2020) weist die GEW nach, dass die 540 Mio. Euro, die für die nächsten fünf Jahre bereit stehen und mit denen die Landesregierung protzt bei weitem nicht ausreichend sind. Benötigt werden jährlich 315 Mio., das sind insgesamt 1,5 Mrd. Euro in fünf Jahren. M. Berger



## Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie an weiteren Informationen der DKP Gießen interessiert sind, wenden Sie sich gerne an uns.

### Sie erreichen uns hier:

- [www.giessen.dkp.de](http://www.giessen.dkp.de)
- [facebook.com/dkp-giessen.de](https://facebook.com/dkp-giessen.de)
- [instagram.com/dkp\\_giessen](https://instagram.com/dkp_giessen)
- [blog.unsere-zeit.de](http://blog.unsere-zeit.de) (UZ)

# Hände weg von Belarus

Am 9. August haben in der Republik Belarus Wahlen stattgefunden, die der langjährige Präsident Alexander Lukaschenko (...) gewonnen hat. Die Opposition hatte bereits vor den Wahlen verkündet, dass sie ein solches Ergebnis nicht anerkennen würde, und erklärte ihre Kandidatin Swetlana Tichanowskaja zur Siegerin. Seitdem gibt es teilweise gewaltsame Proteste (...).

Ohne jegliche Vorlage von Beweisen haben USA und EU die Ergebnisse der Wahlen nicht anerkannt und unterstützen die Opposition. Das gilt auch für die Bundes-

regierung und für alle Parteien im Bundestag. (...) Sollte es gelingen Belarus zu destabilisieren und in das Einflussgebiet der NATO zu bekommen, wäre dieses Kriegsbündnis seinem Ziel, der vollständigen Einkreisung der Russischen Föderation, ein großes Stück näher gekommen. Hinzu kommt, dass Belarus die einzige ehemalige Sowjetrepublik ist, in der ein großer Teil der Produktion in staatlicher Hand geblieben ist, soziale Errungenschaften zumindest teilweise erhalten blieben.

Die vom Westen unterstützte Opposition (...) fordert die Privatisierung eines großen Teils der staatlichen Betriebe, die von ausländischen Investoren übernommen werden sollen. Grund und Boden sollen zur Ware gemacht werden, Wohnungen privatisiert, Marktformen und Standards der EU übernommen werden. Kürzungen und Privatisierungen im Gesundheitswesen sind geplant (...) (Viele Bürgerinnen und Bürger von Belarus) wollen keinen zweiten Maidan und keine Erweiterung des Einflusses von NATO und EU um Belarus. Für sie wird sich niemand mehr interessieren, wenn die vom Imperialismus unterstützte Opposition mit ihrer



Strategie Erfolg haben sollte.

Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Belarus und die aggressive Einkreisung der Russischen Föderation erhöhen die Kriegsgefahr gewaltig. Wir sagen: Hände weg von Belarus!

Wir fordern von der Bundesregierung:

- Anerkennung der Souveränität der Republik Belarus!
  - Keine weitere Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik Belarus!
  - Keine Sanktionen und keinen hybriden Krieg gegen Belarus – das belorussische Volk muss selbst über seinen Weg entscheiden können!
- (Auszüge aus [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de) vom 25.08.20)

Der friedenspolitischen **Appell „Hände weg von Belarus“** kann auf der Internetseite [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de) heruntergeladen werden.

## Termine

**05. und 26.09.20 ab 10:30 Uhr:**

Infostand der DKP Gießen am Kugelbrunnen, Seltersweg

**17.09.2020 um 19:00 Uhr:**

Gruppenabend der DKP Gießen

**19.09.20 ab 15:00 Uhr:**

Grillfest der DKP Gießen:   
"Mit den **Roten** im **Grünen** feiern"  
Bei Interesse, siehe Kontaktdaten

**21.10.20 ab 19:00 Uhr:**

George Rashmawi (Palästinensische Gemeinde Deutschland)  
"Trump Plan: Frieden für Israel und Palästina?" Kerkrade Zimmer  
Kongresshalle Gießen

Redaktionsschluss für  
Okt.-Echo: Mi., 23. Sep.

**21. UZ-PRESSEFEST  
VOLKSFEST DER DKP**



**NEUER  
TERMIN!**

**27. – 29. AUGUST 2021**

## 2020: Bitte die Abgebühren bezahlen und spenden!

Um das Echo noch ansprechender zu gestalten, wird es in Zukunft in Farbe gedruckt. Die Mehrkosten zur s/w-Ausgabe in Höhe von 57,- Euro übernehmen freundliche Leser mit einer regelmäßigen Spende. Vielen Dank dafür!

Wir benötigen dennoch weitere Unterstützung, um das Gießener Echo auch in Zukunft in diesem Umfang und in dieser Auflagenhöhe von 7.000 Exemplaren herauszubringen. Im Gegensatz zu anderen Parteien erhalten wir keine staatliche Unterstützung.

Spenden sind steuerlich absetzbar! Die Bitte um Spenden richtet sich auch an unsere Online-Leser.

Das Gießener Echo bleibt ein verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener linke Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

**Achtung! Neue Kontonummer!**

Sparkasse Gießen, IBAN: **DE72 5135 0025 0200 5491 46**

Es grüßt mit herzlichem Dank das Redaktionskollektiv